



# HESSISCHER LANDTAG

07. 01. 2022

## Kleine Anfrage

**Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten) vom 09.09.2021**

**Antisemitismusprävention an Schulen im Main-Kinzig-Kreis**

**und**

**Antwort**

**Kultusminister**

### Vorbemerkung Fragesteller:

Seit dem Jahr 2019 gibt es in Hessen das Programm „Antisemi-Was?“, das Schüler und Lehrkräfte für das Thema Antisemitismus sensibilisieren soll. Auch vor dem Hintergrund wachsender antisemitischer, rassistischer Tendenzen stellen sich hierzu konkrete Fragen zu der Umsetzung im Main-Kinzig-Kreis.

### Vorbemerkung Kultusminister:

Hessen tritt Antisemitismus ebenso wie weiteren Formen des Extremismus und der Radikalisierung mit gezielten schulischen Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen entgegen. Vor dem Hintergrund der Geschichte unseres Landes und der damit verbundenen gesellschaftlichen Verantwortung zielt die Hessische Landesregierung darauf ab, sich gegen jegliche Form antisemitischen Verhaltens zu stellen, um jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein vorurteilsfreies und gleichberechtigtes Leben als Teil der Gesellschaft zu ermöglichen. Die frühzeitige Aufklärung und Auseinandersetzung sowie eine zielgerichtete Sensibilisierung für dieses Thema im Kontext Schule stellen daher eine zentrale Gelingensbedingung für ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben dar. Deshalb wurden in den letzten drei Jahren auf Basis des Antisemitismuserlasses sowohl auf curricularer Ebene zahlreiche Anknüpfungspunkte zur unterrichtlichen Einbindung des Themas als auch in Kooperationen mit unterschiedlichen externen Partnerinnen und Partnern vielfach außerschulische Angebote nachhaltig implementiert. Flankiert wird das hessische Projekt „Antisemitismusprävention an hessischen Schulen“, zu dem auch das Programm „Antisemi-Was?“ zählt, seit Juni 2021 durch die KMK-Empfehlung „Umgang mit Antisemitismus in der Schule: Gemeinsam Haltung zeigen“.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. An welchen Schulen im Main-Kinzig-Kreis wurden seit dem Jahr 2019 Antisemitismuspräventionsmaßnahmen durchgeführt?

Grundsätzlich beschäftigen sich alle Schulen in Hessen und damit auch im Main-Kinzig-Kreis gemäß § 2 Abs. 2 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) auf verschiedenen Ebenen mit den Themenkomplexen Antisemitismus, Extremismus und Radikalisierung. Zunächst ist hierbei die Auseinandersetzung mit diesem Thema aufgrund der curricularen Einbindung in unterschiedliche Fächer und Jahrgänge der Sekundarstufe I und II zu nennen. Insbesondere in den Fächern des gesellschaftswissenschaftlichen und des sprachlich-künstlerischen Aufgabenfeldes wird Antisemitismus anhand vielfältiger Themen behandelt. So ist beispielsweise das Thema „Shoa“ expliziter Bestandteil des Kerncurriculums Geschichte der Sekundarstufe I in den Bildungsgängen der Hauptschule und Realschule sowie des gymnasialen Bildungsganges. In der Sekundarstufe II ist die Auseinandersetzung im Themenfeld „Die nationalsozialistische Diktatur – Zerstörung von Demokratie und Menschenrechten in Deutschland und Europa“ verankert. Darüber hinaus bietet das Fach Ethik in der Sekundarstufe I mit den Inhaltsfeldern „Freiheit und Würde“ sowie „Religionen, Weltbilder und Kulturen“ ebenso Anknüpfungspunkte für die Thematik wie das Inhaltsfeld „Religion“ im Kerncurriculum der Fächer katholische und evangelische Religion. Das Fach Politik und Wirtschaft bietet mit den Inhaltsfeldern „Demokratie“ und „Individuum und Gesellschaft“ Gelegenheit, sich mit der deutschen Geschichte und dem Thema Antisemitismus zu beschäftigen. Im Fach Deutsch eröffnet die Auswahl geeigneter Literatur beispielsweise zum Kompetenzbereich „Lesen und Rezipieren – mit literarischen und nichtliterarischen Texten/Medien umgehen“ den Raum zur Auseinandersetzung mit der Thematik.

Die Ausgestaltung der Kerncurricula für die Sekundarstufe I und II bietet damit vielfältige Ansätze, um präventiv und nachhaltig über Antisemitismus aufzuklären. Auch Veranstaltungen und Projekte im Bereich Demokratielernen, die im Fach Politik und Wirtschaft verankert sind, tangieren diese Themen maßgeblich und dienen somit der Sensibilisierung und intensiven Auseinandersetzung mit der Thematik, so dass grundsätzlich in allen Bereichen des Schullebens sowie im alltäglichen Unterricht eine Haltung für Toleranz, ein respektvolles Miteinander und Weltoffenheit vermittelt und vorgelebt werden.

Unterstützt wird die curriculare Arbeit darüber hinaus durch vielfältige Projekte und externe Angebote, die an den Schulen im Main-Kinzig-Kreis regelmäßig angenommen und durchgeführt werden. So wurden zum Beispiel seit dem Jahr 2019 im Main-Kinzig-Kreis im Rahmen des vom Hessischen Kultusministerium geförderten Projektes „Antisemi-Was?“ folgende Maßnahmen durchgeführt: An der Heinrich-Böll-Schule in Bruchköbel wurde eine Fortbildungsmaßnahme für Lehrkräfte zu den Themen „Handlungsstrategien bei Diskriminierung/Rassismus“, „Pädagogischer Umgang mit Rechter Ideologie“ sowie „Prävention und Intervention im Kontext von Antisemitismus“ umgesetzt. An der Kaufmännischen Schule Hanau und der Fachoberschule Hanau fand ein Workshop für Schülerinnen und Schüler ab 13 Jahren im Rahmen eines jahrgangs- und schulübergreifenden Angebotes mit dem Thema „Immer die anderen – aktiv gegen Antisemitismus und Diskriminierung“ statt.

Frage 2. Um welche Antisemitismuspräventionsmaßnahmen handelt es sich dabei?

Bei den Maßnahmen handelte es sich beispielsweise um Fortbildungsveranstaltungen zur Antisemitismusprävention für Lehrkräfte und Workshops für Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen des pädagogisch und didaktisch bewährten Projektes „Antisemi-Was?“ durchgeführt wurden. Ziel der Workshops für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 13 der weiterführenden Schulen ist es, die Jugendlichen für verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus zu sensibilisieren und sie auf diese Weise beim Erkennen von Antisemitismus zu unterstützen. Dieses Angebot wird zudem durch Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer erweitert. Das Themenspektrum beinhaltet die Aspekte Prävention, Intervention und Umgang mit Antisemitismus und umfasst die Erarbeitung pädagogischer Handlungsstrategien gegen dieses gesellschaftliche Phänomen. Letztlich sollen beide teilnehmende Gruppen, d. h. Jugendliche und Lehrkräfte, dazu befähigt und ermutigt werden, sich aktiv gegen jegliche Form von Antisemitismus, Diskriminierung und Rassismus zu stellen.

Die Sensibilisierung für Vielfalt in der Schulgemeinde spielt allgemein eine große Rolle auch in den Schulen im Bereich des Staatlichen Schulamtes für den Main-Kinzig-Kreis und ist darüber hinaus im Unterricht durch die Kerncurricula für die Sekundarstufe I und II in verschiedenen Fächern verortet. Die Antisemitismuspräventionsmaßnahmen finden in vielfältiger Weise altersangemessen in sämtlichen Bildungsgängen der weiterführenden Schulen statt.

Dazu zählt die Teilnahme an folgenden Aktivitäten sowie die Durchführung von Projekten und Programmen im Rahmen der Antisemitismuspräventionsmaßnahmen:

- „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“,
- Netzwerk-Lotsen gegen Extremismus und Antisemitismus,
- „buddY“-Programm,
- Projekte „Gewaltfreie Sprache an Schulen“,
- Teilnahme am deutschlandweiten Projekt „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“,
- Patenschaften zur Reinigung der „Stolpersteine“,
- Besuche von Gedenkstätten (mit Ausnahme während der Corona-Virus-Pandemie), beispielsweise Buchenwald und Auschwitz,
- Partnerschulen, beispielsweise in Israel (Even Yehudah),
- Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften zum Themenfeld, beispielsweise „Kein Platz für Rassismus“,
- Zeitzeugenlesungen,
- Kooperationen mit der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank e. V.,
- Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen“ sowie
- Partnerschaft im Projekt „Zentrum für Vielfalt und Demokratie der Stadt Hanau“.

Im Februar 2021, zum ersten Jahrestag des Anschlags in Hanau, setzten sich viele Schulen im Main-Kinzig-Kreis und insbesondere in der Stadt Hanau ganz individuell und vielfältig mit dem Thema Rassismus auseinander (teilweise online). Besonders hervorzuheben sind hierbei beispielsweise Projekte und Aktionen der folgenden Schulen: An der Eugen-Kaiser-Schule Hanau wurde das Unterrichtsthema „Rassismus“ im Fach Politik und Wirtschaft sowie fachübergreifend fokussiert. Eine Licht- und Toninstallation in der Eingangshalle der Eugen-Kaiser-Schule war zu sehen und zu hören: die entsprechenden Artikel des Grundgesetzes wurden visualisiert und die Namen

der Opfer eingebildet. Am 19. Februar 2021 schufen an der Hauptstelle und an der Außenstelle in Klein-Auheim der Schulseelsorger sowie Lehrkräfte aus der Fachschaft Religion Orte des Gedenkens und standen Schülerinnen und Schülern während des gesamten Schultags für Gespräche zur Verfügung.

Auch die Otto-Hahn-Schule in Hanau widmete sich dem Gedenken des Anschlages am 19. Februar 2021. Der Gedenktag wurde von einer Fülle von Aktionen geprägt und umrahmt von Lesungen und moderierten Gesprächen mit vier Autorinnen und einem Autor, die in der Zeit vom 18. Februar 2021 bis zum 25. Februar 2021 in einer 10. Klasse und in vier 11. Klassen stattfanden. So teilten zum Beispiel Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen der Realschule, ein Team der Schülerzeitung sowie Vertreterinnen und Vertreter der Schülervertretung ihre Gedanken in einem Videobeitrag mit. Unterstützt wurden sie dabei von einer Lehrkraft. Den Film konnte die Schulgemeinde am 19. Februar 2021 über die Schulcloud ansehen. Unterrichtende Lehrkräfte hatten dann die Möglichkeit, auf Gesprächsbedarfe einzugehen. Stellvertretend für die Schulgemeinde legten zwei Lehrkräfte einen Trauerkranz am Tatort in Kesselstadt nieder.

Die Karl-Rehbein-Schule in Hanau setzte anlässlich des Gedenktages zu den Anschlägen vom 19. Februar 2020 mit einer Ausstellung ein Zeichen gegen Rassismus, Ausgrenzung und Gewalt. An dieser Aktion beteiligten sich Schülerinnen und Schüler mit Plakaten, Collagen, Poetry-Slam-Texten, Zeitungsartikeln und Bildern, um zu zeigen, dass die Schule für Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit steht.

Darüber hinaus sind beispielsweise anzuführen:

- Plakatgestaltung zum Themenbereich „Zeichen setzen gegen Rassismus und Gewalt“ oder „Diskriminierung im Alltag“,
- Lesungen und Schreibwerkstätten,
- Türschilderaktion an verschiedenen Grundschulen in Hanau (Türschilder: „Offen für Vielfalt - Geschlossen gegen Ausgrenzung“) sowie
- Zusammenarbeit mit der neu gegründeten „Bildungsinitiative Ferhat Unvar“ (Opfer der Anschläge von Hanau).

Frage 3. Welche konkreten digitalen Angebote in der Antisemitismusprävention wurden hierbei insbesondere im Zuge der grassierenden Corona-Pandemie genutzt?

Die Antisemitismusprävention ist im schulischen Kontext fest verankert, und das Bewusstsein dafür, dass eine Auseinandersetzung mit diesem Thema grundlegende Voraussetzung für eine gewalt- und hassfreie Gesellschaft ohne Radikalisierung, Extremismus und Antisemitismus ist, zeigt sich unter anderem am besonderen Engagement aller Beteiligten, in Zeiten der Pandemie neue, digitale Wege zu gehen, um Schülerinnen und Schüler, aber auch pädagogische Fachkräfte zu erreichen. Pandemiebedingt wurden alle Seminare und Workshops von der Bildungsstätte Anne Frank vollständig durch ein digitales Veranstaltungsangebot ersetzt. Vor der Pandemie fanden die Antisemitismuspräventionsmaßnahmen ausschließlich als Präsenzveranstaltungen statt.

Darüber hinaus wurden weitere digitale Fortbildungen und Angebote zum Themenkomplex „Antisemitismuspräventionsmaßnahmen“ in Anspruch genommen.

Folgende sind hier beispielhaft anzuführen:

- Fortbildung der Evangelischen Akademie Frankfurt: Tagung der religionspädagogischen Gespräche zwischen Juden, Christen und Muslimen, 22. bis 24. Februar 2021,
- Nutzung von digitalen Materialien der Bildungsstätte Anne Frank,
- Fortbildung „Extrem radikal“ (fünf digitale Module),
- digitale Veranstaltung des Hessischen Kultusministeriums: „Gewaltprävention als Schulleitungs- und Schulentwicklungsaufgabe“ am 27. Mai 2021,
- digitaler Fachtag „Herausforderungen im Umgang mit religiöser Vielfalt“ der Bildungsstätte Anne Frank am 15. Juli 2021 sowie
- digitaler Fachtag zum Thema „Antisemitismus an Schulen“ der Bildungsstätte Anne Frank am 28. Oktober 2021.

Frage 4. Wie viele Schüler und wie viele Lehrkräfte haben seit dem Jahr 2019 aus dem Main-Kinzig-Kreis an der Antisemitismusprävention teilgenommen?

Frage 5. Hält die Landesregierung die derzeitigen Präventionsmaßnahmen an Schulen im Main-Kinzig-Kreis für ausreichend oder sollen die Maßnahmen zukünftig verstärkt werden?

Die Fragen 4 und 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Auf die Ausführungen zu Frage 1 wird verwiesen.

Gemäß der curricularen Verortung nehmen alle Schülerinnen und Schüler im Rahmen des fachspezifischen Unterrichts an der altersangemessenen Antisemitismusprävention teil. Unter den Lehrkräften sind schwerpunktmäßig diejenigen des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes und des sprachlich-künstlerischen Aufgabenfeldes involviert. Grundsätzlich steht es allen Lehrkräften frei, an entsprechenden Angeboten teilzunehmen.

Im Rahmen des Projektes „Antisemi-Was?“ haben seit 2019 aus dem Main-Kinzig-Kreis insgesamt 48 Lehrkräfte an einer Fortbildung sowie 35 Schülerinnen und Schüler an einem fakultativen Workshop teilgenommen.

Die Hessische Landesregierung hält die derzeitigen Präventionsmaßnahmen an Schulen im Main-Kinzig-Kreis daher für grundsätzlich ausreichend.

Frage 6. Bestehen seitens der Landesregierung Pläne, antisemitische Vorfälle in den Schulen konsequent und transparent zu erfassen und daraus Schlussfolgerungen hinsichtlich verstärkt notwendiger Antisemitismuspräventionen zu ziehen?

Aufgrund des Erlasses „Antisemitismus an Schulen“ vom 23. Mai 2018 müssen antisemitische Vorfälle jeglicher Art an Schulen dem Hessischen Kultusministerium gemeldet werden. Diese Meldungen fließen in die stetige Weiterentwicklung des Programms ein. Dieses Vorgehen entspricht der Empfehlung der Kultusministerkonferenz, wonach antisemitische Äußerungen nicht auf die Ebene persönlicher Konflikte zwischen Schülerinnen und Schülern oder Lehrkräften reduziert werden dürfen, sondern in jedem Fall eine Aufklärung und ggf. Sanktionierung erfolgen muss.

Wiesbaden, 4. Januar 2022

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz**